

# Neuer Weg

MONATSSCHRIFT FÜR AKTUELLE FRAGEN DER ARBEITERBEWEGUNG  
HERAUSGEGEBEN VOM PART EIVORSTAND DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS  
REDAKTION ! BERLIN N54, LOTHINGER STR. 1, „ZENTRALHAUS DER EINHEIT“

JUNI 1947 • HEFT 6

## BLOCKPOLITIK- *Theorie und Vmm*

Die Tatsache, daß gerade von der SED unermüdlich die Initiative zur Zusammenarbeit mit den übrigen antifaschistischen demokratischen Parteien und Organisationen ausging, beweist, wie unsinnig und dumm die Redereien gewisser Leute von angeblichen „Totalitätsansprüchen der SED“ ist. Die SED geht in ihrer Politik von der Erkenntnis aus, daß der Aufbau Deutschlands unmöglich von einer Partei oder einer Bevölkerungsschicht, aber auch nicht von der Arbeiterschaft *allein* getragen werden kann.

Die furchtbare Lage, in die Deutschland durch Hitler hineingestürzt wurde, die entsetzlichen Zerstörungen und die allgemeine Not, machen es notwendig, daß alle fortschrittlichen Kräfte verantwortungsbewußt beim demokratischen Wiederaufbau helfen. Aus dieser Erkenntnis ist die Blockpolitik der SED geboren worden. Die bisherige Praxis, die gesammelten Erfahrungen und erreichten Erfolge der Blockpolitik in der Ostzone haben die Richtigkeit dieser Feststellungen bewiesen und eine ehrliche Zusammenarbeit der Blockparteien zum Nutzen des Volkes und der Demokratisierung des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft ermöglicht. Allerdings war und ist die Grundlage, ja Voraussetzung der antifaschistischen Blockpolitik die Zusammenarbeit und schließlich die Vereinigung der Arbeiterparteien, die ein Abgleiten ins Fahrwasser des Koalitionsschachers mit den bürgerlichen Parteien von vornherein ausschließt (siehe Artikel des Genossen Ackermann im „Neuen Deutschland“ vom 22. Februar 1947).

Die bisherigen Erfolge der Blockpolitik in der sowjetischen Besatzungszone sind unbestreitbar; wurde doch durch sie die einmütige Durchführung der entscheidendsten Maßnahmen zur Demokratisierung, wie Bodenreform, Schulreform, Enteignung der Kriegsverbrecher und -Interessenten, Aufbau einer demokratischen Verwaltung u. a. möglich. In den Besprechungen der Zonen-, Landes- und Kreiseinheitsausschüsse schleifen sich die Gegensätze in sachlicher Diskussion ab, man lernt die Haltung und Ansichten der anderen kennen; sachlich und verantwortungsbewußt bespricht man die politischen Notwendigkeiten und erzielt am Verhandlungstisch mit den anderen Fraktionen in demokratischer Weise eine übereinstimmende Linie des Handelns.

Das hat sich neuerdings bei den Beratungen über die demokratischen Verfassungen der Länder der Ostzone gezeigt. Die

Verfassungen der fünf Länder, die die Souveränität des Volkes als alleinigen Willensträger verfassungsmäßig verankern, wurden nach gründlicher Diskussion einstimmig angenommen. Auch in den Fragen der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands, in der Durchführung einer zielbewußten Entnazifizierung, bei den Maßnahmen für Sicherung der Ernährung und hundertprozentiger Erfüllung des Planes für die Frühjahrssaat sowie in vielen anderen lebenswichtigen Fragen des deutschen Volkes haben die drei antifaschistischen Parteien der sowjetischen Besatzungszone gemeinsame Beschlüsse gefaßt, gemeinsame Aufrufe an die Bevölkerung erlassen oder die notwendigen Gesetze im Landtag einmütig beschlossen.

Leider wird die von der Partei beschlossene und von allen verantwortlichen Genossen anerkannte und praktizierte Blockpolitik nicht immer und überall von oben bis hinunter in die letzte Gemeinde konsequent durchgeführt. Anlässlich einer Tagung der Kreisvertreter der fünf Länder der Ostzone in Bad Berka betonte der Landrat des Kreises Weimar, Genosse Dr. Dreykorn, in seinem Referat über landwirtschaftliche Planung, Erzeugung, Erfassung und Organisation auf Grund seiner Erfahrungen mit allem Nachdruck, daß die Erfüllung dieser für das deutsche Volk so lebenswichtigen Aufgaben nur durch eine wirklich lebendige Blockpolitik bis in die kleinste Dorfgemeinde erreicht werden kann.

Während aber die Zusammenarbeit im Landes- und Zonenmaßstab und in einer Anzahl von Kreisen gut ist, läßt sie vor allem in den Gemeinden noch sehr viel zu wünschen übrig. Eine auf der erwähnten Konferenz in Berka durchgeführte Umfrage bei den Landräten bestätigte diese Feststellung. Die Landräte und kommunalpolitischen Funktionäre der Kreisvorstände beklagten sich darüber, daß in den ländlichen Gebieten und kleineren Städten die Erkenntnis und Disziplin der SED-Gemeindevertreterfraktionen in dieser Frage sehr mangelhaft sind. Auch muß festgestellt werden, daß die demokratische Gemeindeordnung noch lange nicht in allen Gemeinden als Grundlage einer Demokratisierung des öffentlichen Lebens in Anwendung gebracht wird. Noch immer herrscht vielerorts die alte eingebürgerte Gewohnheit vor, daß nicht die ganze Gemeindevertretung mit dem gewählten Vorsitzenden an der Spitze die Souveränität und den